

Straßeninstandsetzung

Über das Straßeninvestitionsprogramm 2018 hatten wir in der MFN-Info 2/2018 am 23.02.18 ausführlich berichtet. Am 26.06.18 sollte der Bauausschuss die Herstellung von 3 Straßen beschließen. Die vorgesehene Reihenfolge (erst Ausschussbeschluss, dann "Bürgerbeteiligung") hatten wir schon immer für grundsätzlich falsch gehalten. Bei allen Beratungen zur Änderung der entsprechenden Satzung hatten wir genau die umgekehrte Reihenfolge gefordert: Erst Bürgerbeteiligung, dann Beschlussfassung im Ausschuss. Nur so entsteht eine "echte" Bürgerbeteiligung, bei der die Betroffenen erst gehört und ihre Argumente dann berücksichtigt werden. Bisher konnten wir uns damit nicht durchsetzen (im Ausschuss haben wir 2 von 9, im Rat 6 von 29 Stimmen). Diesmal gelang es nach längerer Diskussion, den Ausschuss von unserem Antrag zu überzeugen. Wir beantragten: "Vor endgültiger Beschlussfassung des Ausschusses über die Herstellung der Herzogstraße, Schulstraße und Röttgenstraße sind öffentliche Anliegerbeteiligungen durchzuführen. Dazu sind auch Rats- und Ausschussmitglieder einzuladen." Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Jetzt kommt es darauf an, dass sich die betroffenen Anlieger vernünftig auf die Anliegerbeteiligungen vorbereiten. D.h.: Sich auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen, der für sie finanziell erträglich und für die Straße angemessen ist. Es ist z.B. nicht zwingend notwendig, dass eine seit Jahrzehnten bestehende Straße jetzt plötzlich in den kompletten Ausbauzustand nach einer Satzung aus dem Jahr 1988 versetzt wird. Wenn Straßen, nicht "fertiggestellt", sondern "erneuert" werden, muss dann nicht der volle Anliegerbeitrag beschlossen werden, wenn die "Straßeninstandhaltung" jahrelang vernachlässigt wurde.

Wir hoffen auf eine zahlreiche Anwesenheit nach Bekanntgabe der Termine, auch der noch nicht selbst betroffenen Anlieger, an der öffentlichen Beteiligung und der anschließenden Beratung im Ausschuss. Davon wird abhängen, ob es auch für die anderen Straßen bei der Beschlusslage vom 26.06.18 bleibt. Auch der Bürgermeister hat inzwischen mögliche Auswirkungen erkannt und wird sich diesem Thema in den überfälligen Bürgerinformationsterminen widmen.

Kletterwald

Einige Rollen in diesem Dauer-Projekt sind seit Jahren fast unverändert:

- MFN, Unabhängige und Herr Droste (Grüne)

sehen eindeutig mehr Vor- als Nachteile und unterstützen das Projekt.

- SPD, FDP und Rest-Grüne sind dagegen.
- Der Bürgermeister hatte dem Bauausschuss das Projekt vorgeschlagen. Erst als er Gegenwind verspürte, spielte er den Neutralen, auch dann noch, als er längst versuchte das Projekt zu verzögern und zu verteuern. Hofft er, dass die Investorin endlich aufgibt?
- Die CDU-Nideggen-Rath-Wollersheim ist dafür.
- Die CDU-Schmidt lässt sich von vermeintlichen Schmidter Meinungsführern beeinflussen. Am deutlichsten machte das Herr van Londen. Er unterschrieb eine polemische Schrift gegen das Projekt mit dem Zusatz "Ortsvorsteher". Zur Stellungnahme aufgefordert, schrieb er, er habe bei der Unterschrift mündlich erklärt, sie beziehe sich nur auf den ersten Abschnitt. Eine beschämende Ausrede, die durch seinen Zusatz "Es ist wohl nicht immer ganz einfach ... im Schmidter Dschungel ... " nicht besser wird.

Die vorübergehenden Finanzierungsschwierigkeiten der Investorin waren für die Kletterwald-Gegner die ideale Gelegenheit, das Projekt zu beenden. Für die CDU war es der ideale Vorwand endlich wieder geschlossen auftreten zu können.

Der Stundungsantrag wurde im Rat mehrheitlich abgelehnt. Sachliche Gründe dafür gab es nicht. Jeder vernünftige Mensch würde einer Stundung zustimmen, wenn er dadurch die Chance erhält, sein Geld zu bekommen. Um Sachlichkeit ging es aber nicht.

Nachdem die Investorin ihre Schulden bei der Stadt bezahlt hatte und sich ein Nidegger Bürger als Bürge für die weiteren Kosten im Planungsverfahren gemeldet hatte, war die Enttäuschung der Gegner erkennbar, die Reaktionen wurden noch emotionaler.

Nun beschloss die Ratsmehrheit am 17.07.18, dass bis zum 20.08.18 der Bürge detaillierte Unterlagen zur Übernahme seiner Bürgschaft und seiner Zahlungsfähigkeit, die Investorin die Bestätigung für die Finanzierung des Gesamtprojektes und detaillierte Geschäftsunterlagen vorzulegen habe. Falls dies nicht erfolge, sei das Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren und damit das Projekt endgültig zu beenden. Im Rat sitzt aber Herr Keß (SPD), der sich nicht scheute, eine angeblich anonym eingegangene interne Unterlage aus dem Bereich der Bezirksregierung per Mail weiterzuverteilen. Zusätzlich gab jemand aus dem Rat oder der Verwaltung nichtöffentliche Sitzungsunterlagen in die Öffentlichkeit weiter.

Die Offenlegung detaillierter Geschäftsunterlagen

an dieses Gremium, das vertrauliche Unterlagen nicht vertraulich behandelt, ist also eigentlich eine unannehmbare Forderung.

Die Investorin hat trotzdem alle Unterlagen vorgelegt. Wir kennen sie und halten sie für völlig ausreichend!

Trotzdem wird nun eifrig das "Haar in der Suppe" gesucht, um eine, zur Not auch nur fadenscheinige, Begründung für eine Ablehnung in der Sitzung am 11.09.18 zu finden.

3 Jahre Bürgermeister Schmunkamp Was hat sich geändert?

Er startete schwungvoll und dynamisch. Aber nicht am ersten Amtstag, da war ihm sein Urlaub noch wichtiger.

Die meisten Verwaltungsmitarbeiter hatten sich für die Wahl ihres "Kollegen Marco" eingesetzt. Seit seiner Wahl versucht er sich als "Teamleiter" der Verwaltung. Beim Aufstieg eines Sachgebietsleiters zum Bürgermeister in der selben Stadt die vermeintlich beste Lösung. So kann er sich auf die Zuarbeit seiner Kollegen in den ihm fremden Fachbereichen abstützen. Die Rolle des "Verwaltungschefs", der Dienstaufsicht ausüben kann, erleichtert das nicht. Es droht der Jogi-Löw-Effekt: Spitzen-Trainer, Spitzen-Mannschaft, Spitzen-Stimmung. Leistung: Vorrundentauglich!

Starke Worte – Schwache Wirkung

Nach mehrfacher Kritik in der Fraktionsvorsitzenden-Runde am 12.04.18 schrieb der Bürgermeister:

"Die sich mehrenden Nachsendungen und Unstimmigkeiten mit SD-Net und Papierform wurden zu Recht kritisch angesprochen. In Zukunft möchte ich Verwunderung bei Ihnen über Vollständigkeit und Pünktlichkeit auslösen."

Die Verwunderung blieb bisher aus:

Für den Rat am 08.05.18 musste ein TOP (Tagesordnungspunkt) nachgereicht werden. In der Anlage fehlten 3 Seiten. Ein anderer entscheidungsreifer TOP wurde vergessen in die Tagesordnung aufzunehmen. Er musste später als "Dringlichkeitsentscheidung" beschlossen werden.

Im Rat am 10.07.18 wurde in einer Vorlage auf eine Anlage verwiesen. Sie fehlte. Zu einem anderen TOP wurde die Vorlage erst bei Sitzungsbeginn verteilt.

Die Fraktionsvorsitzenden-Runde

Unter seiner Vorgängerin entstand eine Koalition unter dem Motto "MFN klein halten". Sie schloss MFN von der FV-Runde aus. Wir konnten damit gut leben. Wir haben es gut überlebt!

Mit Schmunkamp trifft sich die FV-Runde nun vollzählig. Sollte er anfangs das Ziel gehabt haben eine Koalition "Alle mit Schmunkamp" zu bilden, hat sich das nicht realisiert. Wir lehnen Koalitionen ab, weil wir unbeeinflusst von Koalitionszwängen

sachlich gerechte Entscheidungen treffen. Vor allem lehnen wir es aber ab, Entscheidungen im "Kellerkabinett" vorzubereiten und dann im Rat durchzuwinken.

Fehler macht jeder

Herr Schmunkamp neigt dazu, sich vorschnell zu entscheiden und sich unnötig festzulegen.

Inzwischen musste ihm die Kommunalaufsicht schon "Optimierungsbedarf" bei der Auftragsvergabe bescheinigen und "Empfehlungen" zur Formulierung von Beschlussvorlagen zur Ausschussbesetzung geben.

Wenn ihm Fehler unterlaufen sind, wird es ungewöhnlich mühsam, ihn davon zu überzeugen. Das ist manchmal fast lächerlich, weil es sich oft nur um Kleinigkeiten handelt, die man ohne viel Aufsehen berichtigen könnte, wenn man nicht Angst hätte, dass einem ein Zacken aus der Krone oder ein Glied aus der Amtskette brechen könnte. Wir versuchen es weiter, auch wenn es mühsam ist.

Wir sehen Kritik nicht als Angriff an. Eigene Fehler stellen wir richtig. Unser Fraktionsvorsitzender hat z. B. zweimal irrtümlich falsche Behauptungen in Ratssitzungen gemacht. Für uns war es selbstverständlich, dass der Irrtum in der jeweils folgenden Sitzung zu Protokoll gegeben wurde.

**"Das sind die Weisen,
die durch Irrtum zur Wahrheit reisen.
Die bei dem Irrtum verharren,
das sind die Narren."**

(Friedrich Rückert, 1788-1866)

Bei aller berechtigten Kritik:

Göckemeyer und Schmunkamp trennen Welten! Wenn er bedächtiger und überlegter in seinen Entscheidungen wird, wird er auch selbstsicherer im Auftreten werden.

Er wird **dann** der Bürgermeisterkandidat 2020, den wir unterstützen werden.

Fake-News von der SPD

Mit erstaunlichen Behauptungen zu den Kosten Windkraft arbeitet die SPD in ihrem Bürgerbrief: "Es mussten erneut ca. 90.000 € ausgegeben werden z.T. für bereits einmal durchgeführte Analysen." Der REA GmbH wurden 2014 bei Abbruch des Verfahrens 14.999,95 € in Rechnung gestellt. Angeblich entsteht das 2,5-fache (=250 %) zusätzlich an Kosten für die Verwaltungstätigkeit. Die Stadt rechnet mit 10 %. "Mindestens rd. 400.000 € wurden verbrannt!" ist schon eine reichlich gewagte Behauptung. Dann hätte aber wenigstens die Umrechnung in Prozentpunkte Grundsteuer (Die "Milchmädchen-Rechnung!") gelingen sollen. Auch das ging schief. 3.071.390 € bei 850 Punkten bedeutet: Zusätzliche 111 Punkte für vermeintliche zusätzliche 400.000 €. Die SPD "berechnet" 150 Punkte.